

## Links-grüne Mogelpackung hat Folgen

Die Zürcher Stimmbürger haben am 5. Juni 2016 mit einem Ja-Anteil von 70,4 Prozent eine Änderung der Gemeindeordnung angenommen. In Artikel 125 der Gemeindeordnung ist nun festgehalten, dass die Beteiligung der Gemeinde an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom längstens bis zum Jahr 2034 zulässig sind und, dass der Stadtrat ermächtigt wird, die bestehenden Beteiligungen zu verkaufen.



**Johann Widmer**  
Gemeinderat  
Präsident  
SVP Zürich 10

So wurde das Geschäft der Zürcher Stimmbewölkerung im 2016 «verkauft» und dieses hat in Treu und Glauben, einer vermeintlich guten Sache zuzustimmen, ja gesagt. Die SVP war damals schon gegen diese Mogelpackung, weil ein Ausstieg aus der Kernenergie das Eine und der Verkauf von Anteilen das Andere ist.

Nun sieht man deutlich, was die Linke mit Ihrer Politik den Stimmbürgern eingebrockt hat – einen unmöglichen Auftrag an den Stadtrat.

### Sonderbare linke Ansinnen

Der Stadtrat ist nun angehalten, diese Anteile zu verkaufen und beantragt daher in der Weisung 2017/208 richtigerweise 2,8 Millionen Franken, die er für die Vorbereitungsarbeiten zu einem Verkauf der Anteile an Kernkraftwerken braucht. Die SVP ist der Meinung, dass man dieses Geld sparen kann, weil sich kaum ein Käufer finden wird.

Nur, linke Politik ist eben, trotz des Anspruches der linken Intelligenzija die

Besten zu sein, nicht sonderlich intelligent. Stellen Sie sich vor, dieselben intellektuellen Politiker bestimmen morgen, dass das Schuhe tragen verboten sein soll, da es die Füsse in menschenrechtsverletzender Art einsperrt. Man serviert den Stimmberechtigten dieses Ansinnen in einer Volksabstimmung und verknüpft es gleich noch mit der Forderung, dass die Schuhfabriken verboten sein sollen und man die Anteile der Stadt verkaufen müsse. Welcher Wahnsinnige wird da noch die Aktien der Schuhfabriken kaufen wollen?

Dieser einfach zu verstehende Vergleich zeigt, wie die linken Politiker denken und handeln. Und wer jetzt denkt, dass das Schuhe tragen doch nicht verboten werden könne, irrt vermutlich, da wir seit der linken Politik in dieser Stadt laufend solche sonderbaren Ansinnen zur Kenntnis zu nehmen haben.

### Enorme Folgekosten

Im Fall des Ausstieges aus der Kernkraft haben sich die links-grünen Poli-

tiker den Schlamassel aus ideologischen Gründen selber eingebrockt und sollen umsetzen, was das Volk unter ihrer Anleitung bestimmt hat. Sicher ist nur eines: Die Anteile werden wir kaum verkaufen können, ein Beratungsunternehmen und einige Saatsfunktionäre werden sich gerne mit 2,8 Millionen bezahlen lassen um einen undurchführbaren Plan zu entwickeln. Die enormen Folgekosten des Ausstieges werden unsere Nachfahren noch lange beschäftigen.



Die Haltung der SVP gegen die Vorlage konnte im rot-grünen Zürich nicht obsiegen.